

## Lebensmittelkarten — im 10. Nachkriegsjahr

### Die unerfüllten Versprechen der SED — Armee hat Vorrang

Mit der Ausgabe der Januar-Lebensmittelkarten ist ein weiteres Versprechen der SED gebrochen worden. Auf dem IV. Parteitag im vergangenen April gab die SED als Grenze für die Kartenversorgung das Jahr 1954 an. Noch im September führte sie eine Kampagne gegen die von weiten Teilen der Bevölkerung geforderte Karten-Neueinstufung, mit der Begründung, daß es sich darüber gar nicht mehr zu verhandeln lohne. Seither sind weitere vier Monate vergangen. Die Bevölkerung in der Zone fragt angesichts der leeren werdenden Läden sorgenvoll: Was wird es 1955 zu kaufen geben?

Für eine Aufhebung der Lebensmittelkarten fehlen dank der Pankower Wirtschaftspolitik alle Voraussetzungen. Die Sowjetzonenregierung hat bei allen östlichen und vielen westlichen Staaten erhebliche Lieferschulden, niemand gibt ihr ohne weiteres mehr etwas auf Kredit. Mancher westliche Handelspartner würde trotzdem mit sich reden lassen, wenn wenigstens der Hauptanteil dieser Lieferungen mit Sicherheit der Bevölkerung zugute käme statt vielleicht in den besonderen Staatsreserven für die KVP zu verschwinden.

Die Sowjetzone selbst hat keine Reserven mehr. Man wirtschafet von der Hand in den Mund und hofft, daß der Moskauer Weltwirtschaftsrat der SED aus politischen Gründen nicht ganz den Versorgungshahn abdrehen wird. Aber für eine Aufhebung der Rationierung reicht das nicht aus. Dazu müßte eine Staatsreserve für ein halbes Jahr bereitstehen.

#### Alles für die Armee!

Die Versorgung mit Textilien, Lederwaren und industriellen Massenbedarfsgütern wird 1955 weitgehend von dem abhängen, was die zu einer offiziellen Armee avancierte kasernierte

Volkspolizei für sich verbrauchen wird. Vielfach wird angenommen, die Versorgungsschwierigkeiten der letzten Monate des alten Jahres seien hauptsächlich auf diese KVP-Belange zurückzuführen. Dazu kamen noch die Planungsfehler.

Im Dezember 1954 haben die drei Armeegruppen der KVP ihre Bedarfsanforderungen für 1955 aufgestellt. Allein die von der KVP geforderten Ledervorräte übersteigen den Gesamtbedarf des Jahres 1954 für Zivil und Militär!

Nicht umsonst propagieren die SED-Zeitungen das „neuzzeitliche, hervorragende Cona-Leder“, ein minderwertiges Schweinsleder.

#### Kühlschrank Nebensache

Für Kühlschränke, Motorroller, mechanisierte Haushaltsgeräte und anderes hat die 1955er Produktion kaum Platz. Wo die „Massenbedarfsgüter“ in die Planziffern aufgenommen wurden, geschah dies mit der Berechnung, daß man sie später überteuert verkaufen und damit die andere Produktion finanzieren kann.

1955 ist das „Jahr der Einsparungen“. Das gilt auch für das Bauprogramm. Wer 1953 und

1954 keine Wohnung bekam, wird auch 1955 wenig Aussicht haben.

Die neue Dreistaaten-Koordinierung Polens, der Sowjetzone und der Tschechoslowakei, die in Prag beschlossen werden mußte, verlangt schon jetzt einen Behörden-Wasserkopf, der noch mehr Platz und noch mehr neue Bauten beansprucht. Dazu kommen die rein militärischen Bauten, die zwei neuen Großkraftwerke, der „Küstenschutzgürtel Nord“ und ein paar Repräsentationsbauten. Den völlig zerstörten „Nußbaum“ und den „Krögel“ will der Ostberliner Magistrat in einer „Altberliner Traditionsecke“ neu entstehen lassen.

Dieselben Funktionäre, die das Schloß in Trümmer legten, verraten plötzlich durchsichtig-heimatliche Gefühle. Vielleicht, weil man mit solch einem Bau mehr Reklame machen kann, als mit 1000 Wohnungen, wie sie im Westen in fast jedem Häuserviertel unbesetzen in die Höhe schießen.

#### In der Klemme

Doch das gleiche Wirtschaftsdilemma gilt auch für die SED mit ihren Plänen. Längst kann dieser Staat nicht mehr so, wie er will. In der ökonomischen Beschränkung liegt so neben der Unbill für den Bürger auch etwas Hoffnung: Die Politik hängt heutzutage von der Wirtschaft ab. Starke Politik kann nur der machen, der eine starke Wirtschaft besitzt. Was heute noch den Bürger ärgert, der Mangel und die erfolglose Planwirtschaft, ist für Pankow vielleicht hier und dort doch eine sehr unangenehme politische Bremse.

JAKOB KAISER:

## Überwindung des Provisoriums!

Es ist üblich, an einer Jahreswende das Ermutigende hervorzuheben, das sich im Leben des einzelnen wie im Leben eines Volkes abzeichnet. Dabei berühren sich wohl in keinem Volke Europas das Schicksal des einzelnen und das seines Volkes so eng miteinander wie bei uns.

In alles Denken und Tun drängt sich gerade an dieser Jahreswende das Bewußtsein, daß kein Volk Europas ein so provisorisches Leben lebt und zu leben gezwungen ist wie wir Deutsche. Zudem stehen wir an dieser Jahreswende vor der Tatsache, daß dieses Provisorium mit dem 1. Januar 1955 nun schon in sein zweites Jahrzehnt geht.

Es ist kein Zweckpessimismus, uns das ins Gedächtnis zu rufen. Er wäre auch unangebracht. Niemand kann ja an dieser Wende zum zweiten Nachkriegsjahrzehnt übersehen, daß ein Teil unseres Landes, nämlich die Bundesrepublik, einen Aufschwung genommen hat, der auch kühnster Phantasie im Chaos von 1945/46 unwahrscheinlich erscheinen mußte. Auch die Hauptstadt Berlin — gewaltsam beschränkt auf die Westberliner Insel — nimmt zum guten Teil an diesem Aufschwung teil.

### Beispiel Berlin

Aber gerade in Berlin drängt sich das Provisorische der deutschen Existenz mit aller Deutlichkeit auf. Lebendigkeit und Lichterfülle, Ausdruck der Freiheit und des Aufschwunges in Westberlin hören auf am Potsdamer Platz, am Brandenburger Tor und an allen anderen Punkten, die zum sowjetischen Sektor von Berlin hinüberführen.

Die Bundesrepublik umfaßt einen weiteren Raum. Nur ein Bruchteil ihrer Bevölkerung stößt Tag für Tag an die Grenze, die über Hof, Helmstedt und Lübeck verläuft und wird so ständig darauf hingewiesen, daß jenseits dieser Grenze weder Freiheit noch der

Lichterglanz eines wirtschaftlichen Aufschwunges vorhanden ist. Deshalb vergessen viele allzu leicht, daß die Bundesrepublik nur ein Teil Deutschlands, nur ein Provisorium ist.

Sie ist geschaffen, um wenigstens für einen Teil Deutschlands die Freiheit zu wahren und zu sichern. Vor allem aber ist es ihr Sinn und ihr Ziel, unentwegt und zielbewußt der Einheit und Freiheit von ganz Deutschland zu dienen.

Die Grenze über Hof, Helmstedt und Lübeck macht es in gleicher Weise deutlich wie die Sektorengrenze in Berlin: So eindrucksvoll der Wiederaufbau der deutschen Städte und Dörfer in der Bundesrepublik ist, so provisorisch ist das staatliche Gefüge Deutschlands geblieben, das praktisch noch heute — an der zehnten Nachkriegsjahreswende — an der Elbe und Werra aufhört und das die Hauptstadt Berlin sogar heute noch nur de facto, nicht aber de jure in seine staatliche Gemeinschaft einschließen darf.

Unser Volk hat noch immer nicht die Macht und die Möglichkeit, das zu ändern. Es kann aus eigenem Willen weder die fünfzig Millionen der Bundesrepublik und die achtzehn Millionen der sowjetisch besetzten Zone zu freiem staatlichen Dasein vereinen, noch kann es aus eigener Entscheidung Berlin wieder zu der wirklichen Hauptstadt machen.

Um so mehr muß uns daran liegen, aus dem freien Teil Deutschlands das zu machen, was unserem eigenen Willen anheimgegeben ist. Es muß uns daran liegen, die Bundesrepublik zu einem Staatswesen echter demokratischer Freiheit und Duldsamkeit und ebenso echter sozialer Ausgeglichenheit fortzuentwickeln.

Je vollkommener es der Bundesrepublik gelingt, sich politisch und sozial zu bewähren, um so überzeugender wird ihr Ansehen, um so mehr gilt ihr politisches Wort, wenn sie stellvertretend für ganz Deutschland immer wieder auf der Forderung seiner Einheit in Freiheit beharrt. Um die Wirksamkeit dieses Beharens geht es, wenn wir von allen vier Mächten Bereitschaft zu entscheidenden Verhandlungen

über die deutsche Frage erhoffen.

### Die Wiederbewaffnung

Für diese Beharrlichkeit wird die an dieser Jahreswende im Vordergrund stehende Wiederbewaffnung der Bundesrepublik kein Hindernis sein. Im Gegenteil. Sie wird ihre Wirkung nur steigern können. Mit innerster Anteilnahme haben wir in diesen Tagen die schicksalhafte Debatte in der französischen Nationalversammlung um diese Wiederbewaffnung verfolgt. Wer das ganze Ausmaß des Unglücks auch heute noch im Bewußtsein trägt, das das Hitler-Abenteuer über die Völker Europas gebracht hat, muß Verständnis für die Härte des inneren Ringens Frankreichs um seine Zustimmung zu unserer Wiederbewaffnung haben. Um so mehr würdigen wir die Zustimmung der französischen Nationalversammlung als wesentlichen Schritt auf dem Wege eines Friedens, der die Freiheit und die Selbstbestimmung der Völker achtet.

Daß dieser Schritt am Beginn des zweiten Nachkriegsjahrzehntes steht, macht uns zuversichtlich im Vertrauen auf die Verständigung und das nähere Zusammenrücken der Nationen Europas. Wir teilen den Pessimismus derer nicht, die auf der Meinung beharren, daß die deutsche Wiederbewaffnung ein Hemmnis auf dem Wege zur Wiedervereinigung sein würde.

Zur politischen und sozialen Bewährung der Bundesrepublik als freies Staatswesen gehörten die Bereitschaft und der Wille, diese Freiheit im Notfall auch zu verteidigen. Verteidigungsbereitschaft ist der notwendige Rückhalt für die Politik eines freien Volkes, wenn seine politischen Kräfte sie in verantwortungsbewußter Gemeinsamkeit beherrschen und handhaben.

Es ist den politischen Kräften der Bundesrepublik aufgegeben, das entstehende Instrument der Verteidigung so zu gestalten, daß in allen Mächten, von denen es abhängt, Deutschland aus dem Zustand des Provisoriums zu entlassen, die Überzeugung wächst, daß seine Wiedervereinigung keine Gefahr für den Frieden der Welt, sondern eine Untermauerung des Friedens bedeutet.

## SPD und CDU bilden Berliner Senat

Berlin (Eigenmeldung). CDU und SPD werden den neuen Berliner Senat bilden. Die Verhandlungskommissionen beider Parteien haben sich auf der Grundlage geeinigt, daß der neue Senat aus sechs Mitgliedern der SPD und fünf der CDU besteht. Auch über die sachlichen Voraussetzungen wurden grundsätzliche Übereinstimmungen erreicht. Zu dem Ergebnis müssen die zuständigen Parteigremien noch Stellung nehmen.

Die Parteien werden ihren Fraktionen empfehlen, bei der Bildung des Senats folgende Verteilung in Aussicht zu nehmen:

**SPD:** Regierender Bürgermeister, Inneres, Wirtschaft und Kredit, Verkehr und Betriebe, Gesundheitswesen, Bundesangelegenheiten.

**CDU:** Finanzen, Justiz, Volksbildung, Arbeit und Sozialwesen, Bau- und Wohnungswesen. Einer der CDU-Senatoren wird das Amt des Bürgermeisters übernehmen.

## Lob dem Durchschnittsbürger

Er urteilte klar, wach, aufmerksam

Bonn (AP/DPA). Als den bedeutendsten Mann des Jahres hat Bundesinnenminister Dr. Schröder den Durchschnittsbürger bezeichnet. Er betonte in einer Betrachtung zum Jahreswechsel, daß die erstaunliche Aufwärtsentwicklung auf allen Gebieten ohne den einfachen Mann auf der Straße nicht möglich gewesen wäre.

„Wenn zum Beispiel im Jahre 1954 die Produktion weiterhin eine erstaunliche Aufwärtsbewegung zeigte und zum ersten Male 17 Millionen Männer und Frauen in Arbeit standen, wenn wiederum über eine halbe Million Wohnungen gebaut werden konnten und die Spareinlagen sich auf über 15 Milliarden DM erhöhten, dann verdient für diese imponierende wirtschaftliche Bilanz Dank und Anerkennung nicht zuletzt die sparsame und fleißige Bevölkerung. Auch im Jahre 1954 bewahrten sich die Deutschen in der Bundesrepublik den nüchternen Blick für die Möglichkeiten unserer

## Botschaften zum Jahreswechsel

Wiedervereinigung steht im Mittelpunkt

Berlin (DPA/Eigenbericht). Die führenden Persönlichkeiten des politischen Lebens im freien Teil Deutschlands haben zur Jahreswende zahlreiche Botschaften an die Deutschen in Ost und West gerichtet. Im Mittelpunkt ihrer Wünsche für 1955 stand immer wieder die Wiedervereinigung.

Bundespräsident Heuss betonte in seiner Silvesteransprache, der fragende Wunsch an das neue Jahr sei: „Werden wir zu dem großen Tag der Wiedervereinigung kommen oder ihn doch sehen können, an dem die Menschen in Köln und Dresden, in Rostock und Frankfurt, in München und Magdeburg aus der geistigen in die rechtliche Einheit zurückkehren?“ Die Antwort darauf liege freilich nicht allein im deutschen Willen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß Waffen allein den Frieden und die Freiheit nicht sichern könnten, genau so wenig wie ein hoher Lebensstandard allein die „gefährliche Kraft des materiellen Kommunismus“ überwinden könne. „Wir müssen die religiösen und geistigen Kräfte der abendländischen Welt mobilisieren.“

Trotz der Teilung Deutschlands sei in der Bevölkerung das Bewußtsein deutscher Zusammengehörigkeit nicht erschüttert worden, sagte Bundes-

minister Jakob Kaiser. Die natürliche Verbundenheit unseres Volkes beginne, sich immer mehr als Kraft zu erweisen, die über alle künstlichen Hemmnisse hinweggreift. „Die Welt würde Politik im luftleeren Raum machen, würde sie diese Bekundungen der Zusammengehörigkeit ignorieren.“

Den Besorgnissen, daß die Wiederbewaffnung Deutschlands seiner Wiedervereinigung im Wege stehen könnte, hielt Kaiser entgegen: „Zehn Jahre hat man einem waffenlosen Deutschland seine Wiedervereinigung versagt. Und es ist kein konkreter Anhaltspunkt gegeben, daß sich das auf Grund weiterer Ohnmacht ändern sollte.“

„Berlin bleibt die Klammer gegen alle kommunistischen Versuche der Spaltung“, betonte Bundesminister Dr. Robert Tillmanns. Die Behauptung der Sowjets, daß nach der Ratifizierung der Pariser Verträge Verhandlungen der Großmächte über die Einheit Deutschlands gegenstandslos wären, bezeichnete er als ein Kampfmittel der Kommunisten gegen das Zustandekommen der europäischen Verteidigung. Die Berliner seien solche Drohungen gewöhnt und ließen sich dadurch nicht einschüchtern.

Politik. Sie blieben voller Mißtrauen gegenüber allen radikalen Parolen, und dort, wo gewählt wurde, haben sie den extremen Parteien eine klare Absage erteilt.“

Bundesminister Schröder fuhr fort: „Der Durchschnittsbürger bei uns ist heute wach und aufmerksam. Er macht nicht viel Aufhebens von einer Sache. Aber wenn man ihm etwas Unbilliges einreden will, dann läßt er keinen Zweifel daran, daß er sich nicht für dumm verkaufen läßt.“

## Hoffnung für Kriegsgefangene?

Bonn (AP/DPA). Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Weitz, hat die Erwartung ausgesprochen, daß er bald in direktem Gespräch in Moskau über die Freilassung der in der Sowjetunion noch zurückgehaltenen Deutschen verhandeln könne.

Einige Hoffnungen für eine baldige Reise gebe ihm die Tatsache, daß die Unterlagen für

die Reisevisa der deutschen Delegation unlängst von sowjetischer Seite entgegengenommen worden seien.

## Geburtenüberschuß

Bonn (DPA). Der Geburtenüberschuß in der Bundesrepublik ist im dritten Vierteljahr 1954 mit rund 78 000 gegenüber den anderen Quartalen und dem Vorjahr unverändert geblieben.

## Befriedigung über Pariser Entscheidung

### Knappe Mehrheit für die Verträge

Berlin (DPA/AP). Die Entscheidung der französischen Nationalversammlung für die Wiederbewaffnung Deutschlands und damit für die Gesamtheit der Pariser Verträge ist im Westen allgemein mit Befriedigung aufgenommen worden. US-Außenminister Dulles sagte, die Pariser Beschlüsse seien „ein gutes Vorzeichen für die kommenden Jahre“. Präsident Eisenhower erklärte, wenn die Souveränität der Bundesrepublik hergestellt und Deutschland in die Nordatlantikpakt-Organisation aufgenommen sei, werde die Verteidigungskraft und die allgemeine Solidarität in Westeuropa zunehmen.

In London erklärten amtliche Kreise, diese Abstimmung werde alle jene ermutigen, die sich zur Verteidigung der freien Welt in der Atlantischen Allianz zusammengeschlossen haben.

Bundeskanzler Dr. Adenauer betonte, die Bundesrepublik werde guten Willens, beharrlich und maßvoll, ihren Beitrag zu dem gemeinsamen Werk der europäischen Völker leisten. Der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, von Brentano, legte in einer Erklärung das Hauptgewicht darauf, daß die Zustimmung des französischen Parlamentes den Weg zu einer gemeinsamen Politik der europäischen Staaten und zu einer Fortentwicklung der atlantischen Gemeinschaft öffne.

Die französische Nationalversammlung hatte in der entscheidenden Sitzung am Donnerstagmittag die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und damit nunmehr das ganze Pariser Vertragswerk mit der knappen Mehrheit von 27 Stimmen gebilligt. Das Ergebnis lautete: 287 zu 260 Stimmen für das neugefaßte Zustimmungsgesetz zum Vertrag über die Aufnahme der Bundesrepublik und Italiens in die Westeuropäische Union. Durch ihre Zustimmung sprach die Kammer zugleich der Regierung Mendès-

France das Vertrauen aus und revidierte ihre erste Entscheidung vom vergangenen Freitag, in der sie den gleichen Vertrag, allerdings ohne die Vertrauensfrage, abgelehnt hatte.

Nach dem vorher erklärten Willen der Nationalversammlung bilden alle Pariser Verträge ein untrennbares Ganzes. Der Aufnahme der Bundesrepublik in

den Rat der Republik, der sich voraussichtlich im Februar mit ihnen beschäftigen wird.

Die nur knappe Mehrheit von 27 Stimmen im Parlament verdankt Mendès-France seinen ärgsten Gegnern, den Volksrepublikanern, die ihm nicht verzeihen können, daß er im August die EVG scheitern ließ. Kurz vor der Abstimmung über die Westeuropäische Union hatte der ehemalige Außenminister Schuman bekanntgegeben, daß er seine Parteifreunde ersuchen werde, sich diesmal der Stimme zu enthalten, damit der Vertrag passieren könne.

## Etwas Neues beginnt

DT. Als in der französischen Nationalversammlung nach der Bekanntgabe der entscheidenden Abstimmung die Sitzung unterbrochen wurde und die Abgeordneten den Saal verließen, riefen ihnen die Kommunisten nach: „Mörder, Heuchler, Nazis!“ Die rund hundert Vertreter Moskaus im französischen Parlament sollten mit dieser unfälligen Reaktion vielen Abgeordneten den inneren Zwiespalt noch nachträglich gelöst und ihnen die Überzeugung beigebracht haben, daß ihr Ja richtig gewesen ist.

Die Mehrheit, die nach einer dramatisch zugespitzten Parlamentsdebatte für die Pariser Verträge schließlich zustande kam, ist nur sehr knapp. Sie fand sich im übrigen zusammen nicht wegen des Inhalts und Ziels der Verträge, sondern we-

gen der Folgen, die ihre Ablehnung erwarten ließ. Man befürchtete einen Zerfall des westlichen Bündnis- und Sicherheitssystems, ohne daß das, was Frankreich die Entscheidung so schwer machte, nämlich die Wiederbewaffnung Deutschlands, durch ein französisches Nein verhindert worden wäre.

Aber das alles ist nun Vergangenheit — mit der Einschränkung, daß der weiteren Prozedur der Ratifizierung in Frankreich, die noch den Rat der Republik beschäftigen wird und schließlich die Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden erfordert, keine neuen Schwierigkeiten erwachsen. Wenn man dies alles mit der gebührenden Vorsicht voraussetzt, dann darf man heute doch sagen, daß etwas Neues beginnt:

zwischen Frankreich und Deutschland und in Europa überhaupt. Man kann dabei erwarten, daß die gesunde Kraft, die sich in dem Neuen regt, das Alte überwinden wird. Neue Tatsachen sind hierzu immer besser als alte Deklamationen. Je mehr wir in Deutschland um die psychologische Schwere der französischen Entscheidung wissen, um so mehr werden wir dazu beitragen können, die knappe Mehrheit des französischen Parlaments in eine große Volksmehrheit für das Neue zu verwandeln.

## Dulles „Mann des Jahres“

New York (AP). Das große amerikanische Nachrichtenmagazin „Time“ hat, wie jedes Jahr, den „Mann des Jahres“ gewählt. Diesmal bekam Außenminister Dulles diesen Titel.

Die Zeitschrift begründet ihre Wahl damit, daß Dulles im Jahre 1954 in der internationalen Politik die beste Arbeit geleistet habe. Er sei in diesem

Jahr als Außenminister über 160 000 Kilometer gereist, um seiner Aufgabe gerecht zu werden.

### In 12 Sprachen

Paris (DPA). In zwölf Sprachen hat der Straßburger Europarat in der Silvesternacht den Europäern seine besten Wünsche fürs neue Jahr übermittelt.

# In Danzig leben fünftausend Deutsche

## „Sozialistische Großstadt“ geplant — Mit 200000 Polen aufgefüllt

Nach den Plänen der Machthaber in Polen sollen die Städte Danzig, Gdingen und Zoppot zu einer „sozialistischen Großstadt“ vereinigt werden, deren Mittelpunkt die alte Hansestadt sein wird. Die Bemühungen um die Verwirklichung dieser Pläne sind bereits in vollem Gange. Eine im Bau befindliche Autobahn wird die Städte miteinander verbinden. Die alte Klostersiedlung Oliva und das Seebad Zoppot sollen dann die „grüne Lunge“ Danzigs werden.

Im Gipsmodell ist das neue „Groß-Danzig“ bereits fertiggestellt. Doch man weiß, was von Plänen zu halten ist, die unter der Patenschaft eines großsprecherischen kommunistischen Regimes entstanden sind. Wenn auch ein Teil der alten Hansestadt wieder im alten Stil aufgebaut ist, so geschah es nicht aus echtem kulturellem Anliegen, sondern aus politischen Gründen. Die Warschauer Machthaber sind nämlich krampfhaft bemüht, Danzigs urpolnischen Charakter nachzuweisen. Die Zugehörigkeit zur Hanse und zum Deutschen Orden wird gefessentlich übersehen.

### Artushof als „Kulturhaus“

Die Polen haben zunächst Gebäude restauriert, die in irgendeiner Verbindung zur polnischen Geschichte gestanden haben. Wo keine Beziehungen zur polnischen Vergangenheit herzustellen waren, setzte man kurzerhand einen polnischen Adler aufs Dach.

An den bemalten Giebelfassaden der wiederaufgebauten Bürgerhäuser in der Langgasse, der heutigen „Ulica Długa“, tauchen Darstellungen aus der polnischen Geschichte auf. Der Artushof am Langen Markt wurde wiederaufgebaut, allerdings wurde aus der ehrwürdigen Kaufherrenhalle ein „Kulturhaus der Werktätigen“.

### Krantor — eine Ruine

Die Altstadt, die von Russen und Polen nach dem Einmarsch niedergebrannt wurde, bietet immer noch einen trostlosen Anblick. Das Krantor, das Wahrzeichen Danzigs, ragt als einsame Ruine aus den unkrautüberwucherten Schuttbergen an der Mottlau. In zwei Jahren soll die Altstadt in der früheren Herrlichkeit wiedererstehen,

prophezeit die Propaganda. Man will den Stadtkern auflockern und mit Grünanlagen durchsetzen.

Mit erheblichem Propagandaaufwand und Steuervergünstigungen wurde die Stadt mit Polen aufgefüllt, so daß die Einwohnerzahl bereits zweihunderttausend überschritten hat. Davon sind aber nur noch fünftausend Deutsche. Sie müssen

in ärmlichsten Verhältnissen leben.

### Armut in der Bucht

Während Danzig als Staats-Schaufenster prächtig dekoriert werden soll, verkommen die Dörfer in der Danziger Bucht immer mehr. Die Häuser sind seit den Zerstörungen im Jahre 1945 kaum ausgebessert. Es fehlt an den notwendigsten Gebrauchsgegenständen. Besonders dürftig leben die achttausend in der „Wojewodschaft Gdansk“ zurückgebliebenen Deutschen, die weniger als die Hälfte des Lohnes eines polnischen Arbeiters erhalten, und schon der ist kümmerlich genug. Jedoch hat sich das Zusammenleben mit der polnischen Bevölkerung gebessert.

## Der „Sowjetmensch“ wird knapp

### Industrielle und militärische Planung im Widerspruch

Von 1950 bis 1954 ist die Zahl der in der Volkswirtschaft der Sowjetunion beschäftigten Arbeiter und Angestellten um 13,5 Millionen Menschen auf 47 Millionen gestiegen. Nicht einbezogen sind die Schüler und Studenten, die zum Militärdienst Eingezogenen und die in der Landwirtschaft tätigen „Kolchosniki“.

Als zu Beginn des Jahres 1954 für die Erschließung von Neuland in Sibirien und Kasakstan, zur Erweiterung der Getreideanbaufläche um 13 Millionen Hektar 150 000 Leute nötig waren, gab es große Schwierigkeiten. So mußten denn einzelne Industriezweige Leute abgeben, die zum Kolonisationsdienst kommandiert wurden. Der Vorgang erwies, daß das vor einem Vierteljahrhundert noch unerschöpflich erscheinende Menschenreservoir Rußlands, das Dorf, versiegt ist.

Als die Bolschewiki mit der Industrialisierung nach Plan begannen, rechnete man damit, daß der jährliche Bevölkerungszuwachs etwa drei Millionen Menschen ausmache. In den zehn Jahren nach dem Kriege ist aber die Einwohnerzahl nur von 200 auf etwa 210 Millionen

gestiegen. Die Zuwachsrate hat sich also auf weniger als ein Drittel gesenkt. Heute leben rund 40 Prozent aller Sowjetbürger in der Stadt — gegen 18 Prozent vor der Revolution.

Das Gesetz der wachsenden Zivilisierung von menschenarmen Kolonisationsgebieten mit Industrie und Verkehrswegen wird hier deutlich. Die höhere Stufe der Volkswirtschaft bindet zunehmend mehr Menschen an Arbeitsplätze, die besetzt bleiben müssen, wenn der Mechanismus weiterlaufen soll.

Die Bewirtschaftung des Faktors Arbeitskraft ist heute ein gewaltiges Problem der Sowjetführung, das sie bereits fortwährend in Konflikt mit den militärischen Ansprüchen bringt. Denn je näher die Wirtschaftsstruktur der Sowjetunion dem Zustand eines modernen Industriestaats kommt, desto geringer wird die Möglichkeit, die militärischen Mannschaftsbestände beliebig zu vermehren. Je komplizierter die Rüstungsindustrie, desto mehr Menschen bindet sie vornehmlich im Kriegsfall, je höher der Grad der Mechanisierung der Landwirtschaft, desto unentbehrlicher wird die darin gebundene menschliche Arbeitskraft.

## Pankows Angst um die Ostmark

Die üblichen Leserbriefe — Ein Tarnversuch

Wenn die Machthaber der Sowjetzone etwas vorhaben, was das Volk nicht will, dann lassen sie Leserbriefe schreiben.

Mit der Verordnung des Ostmagistrats, wonach auch in den HO-Gaststätten Westberliner vom Verzehr ausgeschlossen sind, es sei denn, sie bezahlten 1:1, fing es an. Die Ursache: Die Warenversorgung zu Weihnachten im Ostsektor war schwächer und lückenhaft. Man konnte auch auf das Wenige nicht verzichten, was bisher einige Westberliner in HO-Gaststätten verzehrt haben. Damit wurde aber die Verwendungsmöglichkeit von Ostmark für Westberliner eingeschränkt, wodurch zeitweilig der Ostmarkkurs schlechter tendieren mußte.

Dafür ist man drüben aber auch wieder sehr empfindlich, obwohl man angeblich den „Schwindelkurs der Wechselstuben“ gar nicht zur Kenntnis nimmt.

Man weiß natürlich in Pankow, daß ein fallender Wechselkurs in so naher Nachbarschaft eine schlechte Propaganda ist

für die angeblich sich ständig bessernden Verhältnisse.

Man versucht, das Ostmarkangebot in Westberlin mit Gewalt und mit Polizeimaßnahmen zu verringern. Wer bringt Ostmark hierher? Nicht Schieber sind es, sondern harmlose Bewohner der Sowjetzone, die in Westberlin das einkaufen möchten, was es drüben einfach nicht in guten Qualitäten gibt.

Diese Selbsthilfe aus Not will man jetzt erschweren durch verschärfte Geld- und Warenkontrollen an den Sektorengrenzen, in der Hoffnung, daß dadurch ein geringeres Ostmarkangebot bewirkt und damit Kursverschlechterung und Prestigeverlust abgewehrt werden.

Lächerlich ist der Tarnversuch, „Schiebungen“ verhindern zu wollen; denn wer nach Westberlin Ostmark bringt und hier umtauschen will, tut es wahrhaftig nicht aus Gewinnsucht, sondern weil die sowjetzonale Wirtschaft den echten Bedarf der Bevölkerung auch zu überhöhten HO-Preisen nicht zu befriedigen vermag.

## Ostpreußen

An Ostpreußen, das unvergessene deutsche Land an der östlichen Grenze des Reiches, erinnert uns schmerzlich die sowjetische Meldung, daß dieses Gebiet mit dem Zentrum Königsberg in dem neuen Obersten Sowjet mit sechs Abgeordneten vertreten sein wird. Wir können dazu nur feststellen, daß auch die gewaltsame Abtrennung dieser deutschen Provinz ebenso nur ein Provisorium darstellt wie die Abtrennung der anderen Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie oder des Saargebietes.

Es gibt bisher keinen Akt von völkerrechtlicher Gültigkeit, der anderen Mächten die Legitimation gäbe, diese Gebiete für sich in Anspruch zu nehmen. Am allerwenigsten gibt es einen Rechtsakt, der Deutschland zur Anerkennung eines solchen Anspruchs verpflichten könnte. Nur ein Friedensvertrag kann und wird hier die endgültige Entscheidung treffen.

Das geht mit eindeutiger Klarheit aus der Potsdamer Erklärung der Alliierten auch für Ostpreußen hervor. In dieser Erklärung heißt es, daß die Sowjets auf der Potsdamer Konferenz den Vorschlag gemacht hätten, daß „bis zur endgültigen Regelung der Gebietsfragen beim Friedensschluß“ die Westgrenze der Sowjetunion von einem gewissen Punkte an der Ostküste der Danziger Bucht bis zur Dreiländerecke Polen—Litauen—Ostpreußen verlaufen soll. Dieser Vorschlag sei von der Konferenz geprüft worden, die sich einverstanden erklärt habe, daß das umschriebene Gebiet v o r b e h a l t l i c h der Prüfung des tatsächlichen Verlaufs der Grenze durch Sachverständige endgültig an die Sowjetunion übertragen werden soll.

Das ist also rechtlich ein klarer Fall — verdunkelt nur durch den Mangel an Einsicht, mit dem die Westmächte am Ende des Krieges dem Expansionsdrang ihres damaligen sowjetischen Alliierten entgegenkamen.

## Flüchtlingszahl gesunken

105 000 Zonenbewohner flüchteten 1954

Berlin (DPA). Im Laufe des Jahres 1954 suchten rund 105 000 Flüchtlinge aus der Sowjetzone und Ostberlin in Westberlin um ihre Notaufnahme nach. Über 73 000 Flüchtlinge wurden 1954 aus Westberlin in die Bundesrepublik geflogen.

Der Zustrom von Flüchtlingen nach Westberlin ist im Vergleich zum Vorjahr fast um zwei Drittel zurückgegangen. 1953, dem Jahr mit dem stärksten Flüchtlingszustrom, hatten rund 306 000 Männer, Frauen und Kinder um Asyl nachgesucht. Noch mehr — um fast dreiviertel — hat sich die Zahl der in die Bundesrepublik geflohenen Flüchtlinge im Vergleich zum Vorjahr vermindert. 1953 waren es noch 257 000.

## Bisher nur drei

Berlin (AP). Wie aus evangelischen Kirchenkreisen verlautete, hat die Pankower Regierung am Jahresende die Zuzugs-

genehmigung für drei Pfarrer erteilt. Von der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg waren seit Monaten insgesamt 18 Zuzugsgenehmigungen beantragt.

## Bilanz der Zonenjustiz

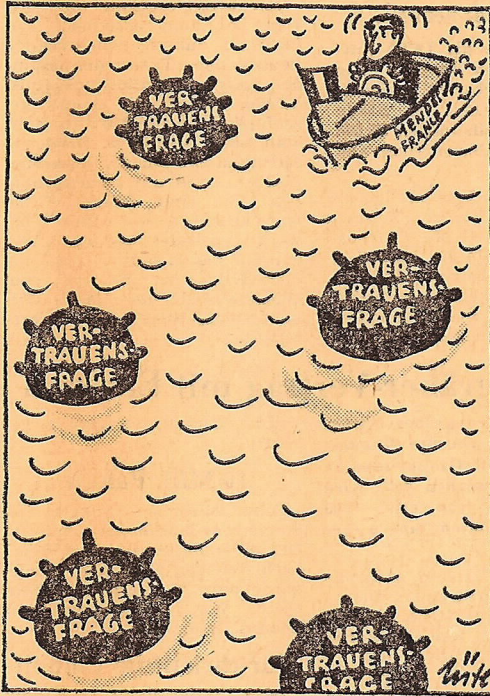
Berlin (AP). Vier Todesurteile, 15 lebenslängliche Zuchthausstrafen sowie Freiheitsstrafen in einer Gesamthöhe von 2566 Jahren Zuchthaus und 153 Jahren Gefängnis wegen „politischer Vergehen“ sind die Bilanz der Sowjetzonenjustiz im Jahre 1954, teilte der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen mit.

## Zurückgekehrt

Berlin (DPA). Der deutsche Physiker und Nobelpreisträger Professor Dr. Gustav Hertz, der 1945 zusammen mit anderen Wissenschaftlern nach der Sowjetunion verschleppt wurde, ist bereits im September zurückgekehrt.

## Die Entscheidung in Paris — vorher...

## Der Unterschied



Schwieriger Kurs  
in französischen Gewässern!

## Illegale Wasserflöhe

Berlin (DPA). Das Ostberliner Stadtbezirksgericht Pankow hat den nicht genehmigten Verkauf von Wasserflöhen von Ost- nach Westberlin als Verstoß gegen die Sowjetzonen-Verordnung zum Schutz des innerdeutschen Handels bezeichnet und wegen dieses „Vergehens“ zwei Ostberliner zu Zuchthausstrafen von drei bzw. vier Jahren verurteilt. Ein dritter Angeklagter erhielt eine Gefängnisstrafe von zehn Monaten.

Die Ostberliner sollen 6600 sogenannte Rahmen mit Wasserflöhen in Ostberlin erworben und in Westberlin verkauft haben.

## 2807 Vopos geflüchtet

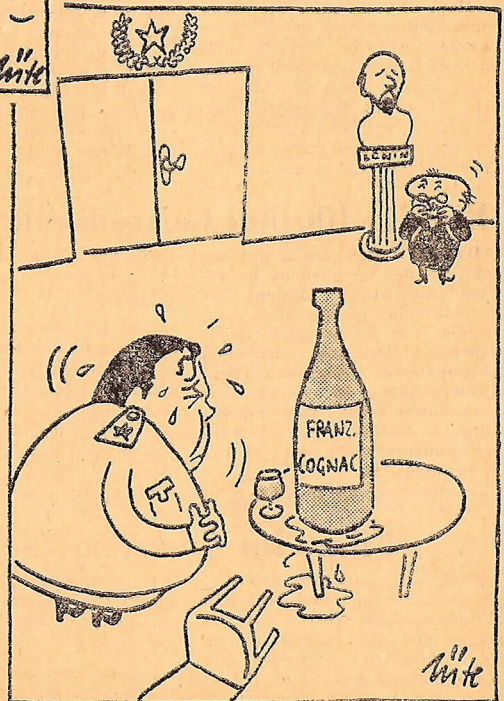
Berlin (Eigenmeldung). 2807 Volkspolizisten, darunter 206 Offiziere, stellten sich im Jahre 1954 unter den Schutz der Westberliner Polizei. Allein im Dezember meldeten sich in Westberlin 155 Vopos, darunter acht Offiziere.

Auf dem Hamburger Parteitag der KPD hat als Sprecher des Zentralkomitees der SED, dessen „brüderliche Kampfgrüße“ er überbrachte, Hermann Matern „freie und demokratische Wahlen“ zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung für den Fall in Aussicht gestellt, daß die Ratifikation der Pariser Verträge verhindert werde.

Nun hat das, was ein Funktionär der SED verspricht, ganz gewiß keine Bedeutung. Tatsächlich hat Matern auch in Hamburg mehr versprochen, als die Sowjets zu halten gedenken. Die „Tägliche Rundschau“ nämlich, das amtliche sowjetische Blatt in Ostberlin, berichtet zwar ausführlich über die Rede Materns; aber in ihrem Bericht ist nicht von „freien, demokratischen Wahlen“ die Rede, die in Hamburg unbefugt verheißend wurden, sondern lediglich davon, daß „der Weg für Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung frei würde“.

Es ist für einen prominenten Kommunisten der SED offenbar ein Unterschied, ob er in Pankow oder in Hamburg spricht.

## ... und nachher



„Mir ist so komisch zumute ...“

## Alle 30 Minuten über den Atlantik

Mehr Passagiere auf dem Luftweg als auf Schiffen

Im internationalen Luftverkehr wurden, wie die IATA mitteilt, auf allen Gebieten neue Höchstleistungen erreicht. Die dem Verband angeschlossenen 71 Fluggesellschaften erzielten insgesamt eine Verkehrsausweitung von rund 10 v. H. Allein auf der Nordatlantikroute wurden von 12 Gesellschaften 15 000 Flüge durchgeführt, d. h. rund eine Atlantiküberquerung alle halbe Stunde während des ganzen Jahres.

1954 war das erste Jahr in der Geschichte der Überquerung des Atlantiks, in dem mehr Passagiere auf dem Luftwege anstatt auf dem Schiff befördert

**Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundert dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.**

wurden. Im gleichen Jahr wurde erstmalig der reguläre Polarflug begonnen.

Der Passagierflugverkehr der IATA-Gesellschaften (sie bestreiten 88 v. H. aller regulären Passagierbeförderung, 77 v. H. der Luftfrachtbeförderung und 93 v. H. der Luftpostbeförderung) konnte 1954 um 10 v. H. auf 44 Mill. Fluggäste und 45 Mrd. Passagierkilometer ausgeweitet werden. Der Luftfrachtverkehr nahm um 4 v. H.

auf 770 Mill. Tonnenkilometer zu. Den stärksten Zuwachs hatte mit 14 v. H. die Luftpostbeförderung, die 290 Mill. Tonnenkilometer betrug. Der gesamte Luftverkehr der IATA-Gesellschaften wurde von über 2500 Flugzeugen bestritten.

## Kriegsgräber-Vertrag mit England

In einem Kriegsgräbervertrag, der demnächst von der Bundesrepublik und Großbritannien unterzeichnet werden soll, wird die Betreuung von etwa 8500 deutschen Soldatengräbern geregelt.

Wie der Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge am Dienstag in Kassel mitteilte, werden 2264 deutsche Soldatengräber auf britischen Friedhöfen in Frankreich betreut, 500 in Britisch-Westafrika, 500 in Kanada und etwa 5000 aus beiden Weltkriegen auf englischem Boden. Die Pflege britischer Soldatengräber in der Bundesrepublik

## Die Glocke läutet wieder

Am Silvesterabend um 20.45 Uhr hat zum erstenmal seit über elf Jahren vom erhalten gebliebenen Turm der Ruine der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche wieder die Glocke geschlagen. Die alte Kirchturmruhr war nach schweren Kriegsschädigungen am 23. November 1943 um 20.30 Uhr stehengeblieben. Von einer Kölner Firma war unlängst ein neues Uhrwerk gespendet worden, Glocken für das Geläut wurden aus dem Erlös der Lotterie zum Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche angeschafft.

wurde ebenfalls vertraglich geregelt.

## 10 Mill. Pakete

Zehn Millionen Pakete für Sowjetzonenbewohner sind im Dezember bis zum ersten Weihnachtstfeiertag über Helmstedt-Marienborn abgefertigt worden, teilte die Oberpostdirektion Braunschweig mit.

## Für christliche Einheit

Eine Gebetwoche für die christliche Einheit ist für die Zeit vom 2. bis 9. Januar von der evangelischen Kirchenleitung Berlin-Brandenburg beschlossen worden.

## Bereits 400 000 Fernsehteilnehmer

Das Jahr 1954 wird in der Geschichte des Fernsehens besondere Beachtung finden; es brachte ein sprunghaftes Ansteigen der Fernsehteilnehmer. Erstmals wurden außerdem „Europäische Fernsehwochen“ durchgeführt, in denen das Fernsehpublikum von Schottland bis Italien, von Dänemark bis Südfrankreich das gleiche Programm sah.

Seit Oktober ist in allen Län-

dern der Bundesrepublik der Fernsehbetrieb aufgenommen worden.

Ende 1954 waren in Westberlin 3354 und in der Bundesrepublik 68 252 Geräte angemeldet. Es wurde festgestellt, daß durchschnittlich vier bis fünf Personen an einem Gerät das Programm sehen. So erreichen die deutschen Fernsehsendungen heute ungefähr 400 000 Menschen.

## Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung am 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder, aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Verleger: Deutschland-Leser-GmbH., Berlin Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.